

Menschenwürdige Arbeit für ein menschenwürdiges Leben

Autor(en): **Gerber Rüegg, Julia**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **85 (2007)**

Heft 4

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-342026>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Menschenwürdige Arbeit für ein menschenwürdiges Leben

Wer heute Globalisierung sagt, denkt an die ökonomische Globalisierung neoliberaler Prägung und erinnert sich vielleicht an das wirtschaftspolitische Losungswort

Julia Gerber Rüegg

von Margaret Thatcher, TINA: There is No Alternative. Es gibt keine Alternative zu Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung! Hinter diesem Credo steckt der irrationale Glaube an den Markt, also ob es sich beim Markt um eine Instanz handle, die sich nach freiem Willen immer zum Guten für die Welt und die Menschheit entscheiden könne und würde. Die Vertreterinnen und Vertreter der neoliberalen Ideologie werden nicht müde, den Abbau von staatlichen Gesetzen voranzutreiben und internationale Vereinbarungen zu verwässern oder zu bekämpfen. Das sei nötig, auch wenn ein paar Opfer in Kauf genommen werden müssten, damit sich der Markt zum Segen für die Menschheit entfalten könne. Erst wenn er von den regulierenden Fesseln erlöst sei und die Bahnen für steuerfreie Kapitalflüsse und ungehindertes Gewinnstreben frei seien, könne auf der Welt das materielle Glück einziehen für alle, die tüchtig und leistungsbereit seien. Nur so könne der Markt ein guter Markt werden.

Der freie Markt ist keine Glücksfee

Wer aber Arbeitssicherheit für LandarbeiterInnen oder für Sexworker fordere oder

gar Kinderarbeit verbiete, behindere den Markt auf seinem segensreichen Weg zu mehr Wohlstand für alle. Schlechte Arbeit sei schliesslich immer noch besser als keine Arbeit, und der erste Schritt zu einem besseren Leben, erklären sie ihre eigenartige Theorie. Dass es gezielte Investitionen in Gesundheit und Bildung braucht, um allen Kindern auf dieser Welt und ihren Eltern ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen, das interessiert den Markt nicht. Dass auch Prostituierte ein Recht auf Menschenwürde haben, auch das interessiert nicht. Es kann den Markt nicht interessieren, denn er ist kein Wesen, dem Verantwortung für die menschliche Gesellschaft und für die Zustände auf dieser Welt übertragen werden können. Das Marktgeschehen ist wie ein Fahrzeug nur ein Mittel zum Zweck. Sein Zündfunke ist der Wettbewerb. Zündet der Funke allerdings ganz unkontrolliert, kann es zu zerstörerischen Explosionen kommen. Der Treibstoff für den Markt ist das Geld und die Strasse auf der er verkehrt, ist der von Menschen betriebene Handel. Damit der Markt nicht von der Strasse abkommt, braucht es Marktregeln und Menschen, die ihn lenken. Es sind immer Menschen, welche die Verantwortung für den Kurs des Marktes tragen. Nur sie sind in der Lage sich der Vernunft zu bedienen und zu entscheiden, ob und nach welchen wirtschaftlichen, ethischen und moralischen Grundsätzen sie handeln wollen oder nicht. Es stellt sich also nicht die Frage, ob die Menschen den Markt lenken sollen oder nicht, sondern nur, welche

Menschen sich mit welchen Absichten und mit welcher Legitimität ans Steuer setzen und wer den Treibstoff liefert. Sind es die international tätigen, gesichtslosen Finanzkapitalisten, die sich bei ihrem rücksichtslosen Tun hinter der Maske eines «freien Marktes» verstecken? Oder sind es Steuermänner und Steuerfrauen, die sich nicht zu verbergen brauchen, weil sie demokratisch legitimiert sind, ihren Führerschein gemacht haben, die Route kennen und wissen, dass sie sich an die Regeln halten müssen, statt sie aus dem Wege zu räumen?

Das neoliberale Muster hat versagt

Diese Frage hat unter der zunehmenden Globalisierung der Wirtschaft in den vergangenen 15 Jahren massiv an Bedeutung gewonnen. Die globalisierte Wirtschaft erlaubt es zwar, eine immer grössere Zahl von Ländern und gesellschaftlichen Gruppen in den internationalen Handel zu integrieren und dabei bedeutende Reichtümer zu erschaffen. Gemäss einer Studie der internationalen Arbeitsorganisation IAO weist die Weltwirtschaft in den letzten zehn Jahren ein Wachstum von 4,1% aus. Davon aber profitieren offensichtlich nur wenige. Denn die Erwerbslosenrate hat im gleichen Zeitraum um 11% zugenommen. Sowohl im Norden als auch im Süden haben sich die Unterschiede zwischen Arm und Reich vergrössert. Heute lebt weltweit mehr als eine Milliarde Menschen in extremer Armut. Die Hälfte der Weltbevölkerung verdient weniger als zwei Dollars pro Tag. Über 12 Millionen Menschen sind versklavt. 200 Millionen Kinder arbeiten, statt die Schule zu besuchen.¹ Mehr als 850 Millionen Menschen sind chronisch unterernährt² und jährlich sterben in Entwicklungsländern 36 Millionen an Hunger³, davon zehn Millionen Kinder unter fünf Jahren⁴. Diese Tatsachen belegen, dass die neoliberale Wirtschaftslehre,

wonach Armutsbekämpfung mit einer Steigerung des Wirtschaftswachstums gleichgesetzt werden kann, nicht aufgeht. Es stimmt nicht, dass das Wachstum früher oder später automatisch bis zu den Ärmsten durchsickert. Im Gegenteil. Die durch die Liberalisierungen und die Deregulierungen verschärfte Konkurrenz hat mehr Arbeitsplätze vernichtet als neue geschaffen. Zugenommen haben nur die informellen, sozial ungesicherten und prekären Arbeitsverhältnisse. Auch die Löhne sind nicht gestiegen. Das zeigt der rückläufige Lohnanteil am Sozialprodukt. Und last but not least hat das Weltwirtschaftswachstum unter neoliberaler Führung auch nicht zu mehr Chancengleichheit geführt. Die einseitige Ausrichtung des neoliberalen Weltordnungsmodells auf Wettbewerb und Gewinnmaximierung, auf die kurzfristigen Interessen der Shareholder, auf die Privatisierung alles Privatisierbaren und auf Staatsabbau ist sozial blind und hilft den Schwachen nicht weiter. Besonders betroffen von dieser fehlgeleiteten Globalisierung sind die Länder des Südens und die Frauen und ihre Kinder. Mit einem Anteil von 70% Frauen an den Ärmsten der Welt, bleibt der globale Trend zur Feminisierung der Armut ungebrochen.

Jetzt die globale Solidarität stärken

Das muss sich ändern. Darum haben die sozialdemokratischen Parteien, die Hilfsorganisationen und die Gewerkschaften eine breite, weltumspannende Allianz gebildet und am Weltsozialforum 2007 in Nairobi die Kampagne «decent work for decent life» – «menschenwürdige Arbeit

¹ <http://www.sah.ch/index.cfm?ID=B69850E8-D538-EB17-23848BAD4D050E63;decentworkdecentlifeflyer.pdf>.

² Vgl. FAO, The State of Food Insecurity in the world 2006, 8, www.fao.org/docrep/009/a0750e/a0750e00.htm.

³ Diese und weitere Zahlen nach: Jean Ziegler, Das Imperium der Schande, München 2005, 100ff.

⁴ Diese und weitere Zahlen gemäss (deutschem) Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit: www.bmz.de/de/index.html.

**Es stimmt nicht,
dass das Wachstum
früher oder später
automatisch bis
zu den Ärmsten
durchsickert.**

**Im Zentrum aller
Entscheide über
Handel, Finanz-
und Sozial- oder
Entwicklungs-
politik soll die
Würde der Men-
schen stehen.**

für ein menschenwürdiges Leben» – gestartet. Diese Kampagne knüpft an die Millennium Development Goals (MDG) der Vereinten Nationen an. Bereits im September 2000, anlässlich ihrer Millenniums-Generalversammlung verabschiedeten 189 Staaten der Vereinten Nationen in New York die Millennium Declaration. Diese Declaration stellt eine Synthese von zahlreichen Beschlüssen und Absichtserklärungen dar, die im Laufe der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts in unterschiedlichen Foren von der internationalen Staatengemeinschaft abgegeben worden waren. Denn schon damals zeichnete sich deutlich ab, dass die neoliberale Entwicklungspolitik, welche die Armut ausschliesslich durch die Steigerung des Wirtschaftswachstums zu überwinden hoffte, ihr Ziel nie erreichen würde und gescheitert ist. Internationale Zusammenarbeit und Solidarität erwiesen sich als unabdingbare Pfeiler für die Armutsbekämpfung.

Im Anschluss an den Millenniumsgipfel verdichtete eine Gruppe aus Vertreterinnen und Vertretern der Vereinten Nationen, der Weltbank, der OECD und anderen internationalen Organisationen die Millennium Declaration zu messbaren Zielvorgaben. Es entstand die Liste der acht Millennium Development Goals (MDG). Sie wurden im September 2001 von der 56. Generalversammlung der Vereinten Nationen zur Kenntnis genommen und in einem Abschlussdokument im September 2005 von der 60. Generalversammlung bekräftigt. Die Ziele beziehen sich auf die Bekämpfung von Einkommensarmut und Hunger, die Möglichkeit einer vollständigen Primarschulbildung für alle Kinder, den Abbau von Ungleichgewichten zwischen den Geschlechtern, die Senkung der Kindersterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren, die Verbesserung der Gesundheit von Schwangeren und Müttern, die Bekämpfung von HIV, Malaria und andern Infektionskrank-

heiten, die Verbesserung der ökologischen Nachhaltigkeit in der Politik sowie den Aufbau einer globalen Entwicklungspartnerschaft. Für die meisten dieser Ziele ist eine Umsetzungsfrist bis 2015 vorgesehen. Unter anderem soll der Anteil derjenigen Menschen, die in extremer Armut leben, bis dann halbiert werden.

Arm ist, wer keine Wahl hat

Die Abwesenheit von Armut ist die Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben. Zentral ist, dass die Vereinten Nationen Abstand genommen haben vom rein ökonomischen Armutsverständnis der 80er- und 90er-Jahre. Neu definieren sie Armut als Mangel der Wahlfreiheit. Damit haben Freiheit und Würde endlich den ihnen gebührenden Platz in der Armutsbekämpfung erhalten. Genau da setzt die weltweite Kampagne «decent work for decent life» an, welche hierzulande von der SP Schweiz, dem Schweizerischen Arbeiterhilfswerk (SAH) und dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) getragen wird. Sie will erreichen, dass im Zentrum aller Entscheide über Handel, Finanz- und Sozial- oder Entwicklungspolitik die Würde der Menschen steht – sei es auf nationaler, europäischer oder internationaler Ebene. «Decent work for decent life» ist aber mehr als eine PR-Aktion. Die globale Kampagne beinhaltet auch eine Strategie für die lokale Umsetzung menschenwürdiger Arbeit. Strategiepapiere und Kampagnen? Lassen sich damit die Zustände auf der Welt verbessern? Können die SP Schweiz, das SAH und der SGB im globalen Kontext wirklich etwas Konkretes bewirken? Ja doch, sehr Vieles sogar: Gemeinsam können sie die Öffentlichkeit aufklären und politischen Druck aufbauen, damit der Bundesrat keine bilateralen oder multilateralen Deregulierungen oder auch Regulierungen für den Handel mehr vorbereitet, ohne die Fragen zu prüfen, wie sich die neuen

Vereinbarungen in den Partnerstaaten auf die Arbeitsbedingungen, die Umwelt, die Menschenrechte und die Geschlechter auswirken werden. Gemeinsam können sie erreichen, dass solche internationalen Abkommen die Wettbewerbsverhältnisse nicht auf Kosten der Ärmsten, der Umwelt und der Menschenrechte bloss zugunsten der Reichen und Mächtigen verschieben, sondern das Gegenteil bewirken.

Nachfragemacht bedeutet Verantwortung

Allerdings kann und darf die Verantwortung für soziale und ökologische Nachhaltigkeit nicht einfach an den Bund allein delegiert werden. Bund, Kantone und Gemeinden sollen ihre Nachfragemacht gezielt einsetzen. Mit einem gemeinsamen Auftragsvolumen von jährlich 36 Milliarden Franken verfügen sie über eine beachtliche Marktmacht und tragen deshalb auch eine grosse Verantwortung. Sie sollen nur Produkte und Leistungen einkaufen, die sozialverträglich und umweltschonend hergestellt werden. Damit übernimmt die öffentliche Hand eine Vorreiterrolle und sorgt im Rahmen des Beschaffungswesens dafür, dass der Wettbewerb über Qualität, Effizienz und Leistung stattfindet und nicht über Sozial- und Ökodumping und die Verletzung der menschenrechtlich geforderten Minimalstandards. Es darf nicht sein, dass jene einen Wettbewerbsvorteil erhalten, die ZwangsarbeiterInnen und Kinder für sich schuften lassen, zwingendes internationales und nationales Arbeitsrecht missachten und Raubbau an der Natur begehen. Übrigens ist das gar nicht so schwierig, wie es auf den ersten

Blick den Anschein macht. Die Zürcher Stadtpolizei und die SBB haben es bereits vorgemacht: PolizistInnen und LokführerInnen, ZugsbegleiterInnen und vielleicht auch schon bald PöstlerInnen sind in Hemden und Uniformen unterwegs, die aus biologischer Baumwolle und unter IAO-konformen Arbeitsbedingungen produziert worden sind. Auf freiwilliger Basis kann nämlich heute schon jede Gemeinde oder jeder Kanton, aber auch jedes Unternehmen bei seinen Ausschreibungen von Aufträgen darüber informieren, dass alle angebotenen Produkte und Leistungen nachweislich unter Achtung der Bestimmungen der Kern-Übereinkommen der internationalen Arbeitsorganisation IAO entstehen.

Das SAH plant für den nächsten Frühling, unterstützt durch politische Vorstösse der SP, eine Aktion, bei der es 500 Gemeinden und Kantone dafür gewinnen will, nur noch sozial und ökologisch zertifizierte Produkte einzukaufen. Steigen die Gemeinden, Städte und Kantone darauf ein, so handeln sie sicher im Sinne vieler BürgerInnen. Denn auch im Detailhandel zeichnet sich ab, dass immer mehr KonsumentInnen wissen möchten, woher die Produkte stammen und unter welchen Bedingungen sie entstanden sind. Ist die Sozial- und die Umweltverträglichkeit belegt, nehmen sie sogar einen Aufpreis in Kauf.

Julia Gerber Rüegg, Jg. 1957, ist SP-Kantonsrätin (ZH) und Co-Präsidentin der SP Frauen Schweiz.

**Bund, Kantone
und Gemeinden
sollen nur Produkte
und Leistungen
einkaufen, die
sozialverträglich
und umwelt-
schonend her-
gestellt werden.**